

## **Unterrichtung**

durch den Präsidenten des Landtages des Saarlandes

### **Stellungnahme der Landesregierung**

**zu Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR)  
vom 5. Dezember 2008**

**– Landtagsdrucksache 13/2232 –**

- Netzwerk und Projekte der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle
- Verkehrsinfrastruktur in der Großregion
- Die gemeinsame Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit in der Großregion
- Standortsuche für ein weiteres Endlager für radioaktive Stoffe und Abfälle in Lothringen

Die Stellungnahmen sind nachstehend zu Ihrer Information beigelegt.

Hans Ley  
Präsident des Landtages

## **1. Netzwerk und Projekte der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle**

Die Landesregierung begrüßt die vom IPR als Empfehlung vorgelegte Darstellung der Netzwerke und Projekte der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA). Sie unterstreicht die zentrale Bedeutung gut funktionierender Analyse-, Beratungs- und Problemlösungsinstrumente für die Fragen des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes in der Großregion SaarLorLux. Diese Großregion ist wie keine andere Grenzregion in der EU von grenzüberschreitenden Arbeitspendelbeziehungen geprägt. Der hohe Grad, die Intensität der Arbeitsmarktverflechtungen sowie deren dynamische Entwicklung werden seitens der interregionalen Kooperationspartner in der Großregion durch die Schaffung differenzierter Einrichtungen begleitet. Die Lösung der im weitesten Sinne damit verbundenen Herausforderungen grenzüberschreitender Mobilität ist eine langfristige Aufgabe, deren strategische Bedeutung insbesondere auch das "Zukunftsbild 2020" für die Großregion SaarLorLux ausdrücklich herausgestellt hat.

Die Landesregierung unterstützt auf höchster interregionaler politischer Ebene des SaarLorLux-Gipfels und dessen Arbeitsgremien sowie dem beratenden Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion (WSAGR) die aktive politische Begleitung des Themas. Darüber hinaus nimmt die Landesregierung durch Schaffung angepasster neuer Strukturen, wie z.B. der vom Saarland im Auftrag des Gipfels einzurichtenden "Task Force Grenzgänger", ihre interregionale Verantwortung aktiv und zukunftsgerichtet wahr. Die "Task Force Grenzgänger" soll das bereits heute im europäischen Maßstab einzigartige Angebot an Analyse- und Beratungsdiensten für berufliche Mobilität ergänzen. Im Hinblick auf die spezifische Aufgabenstellung und den qualitativen Mehrwert einer solchen neuartigen Struktur wird auf die ausführlichen Ausführungen der Landesregierung vom 01.04.2008 (Stellungnahme der Landesregierung auf die IPR-Empfehlung vom 06.07.2007) verwiesen.

## 2. Verkehrsinfrastruktur in der Großregion

Die Landesregierung begrüßt die Empfehlung des IPR betreffend Verkehrsinfrastruktur in der Großregion SaarLorLux. Sie entspricht den im "Zukunftsbild 2020" entwickelten Perspektiven für die Hochgeschwindigkeitsbahnverbindungen und die Wasserstrassen in der Großregion SaarLorLux.

Eine gut ausgebaute und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft und die Menschen in der Großregion. Sie gewährleistet die schnelle und kostengünstige Erreichbarkeit im Personen- und Güterverkehr.

Mit der Inbetriebnahme der Hochgeschwindigkeitsbahnverbindung Paris-Saarbrücken-Frankfurt/M. (POS-Nord) Mitte 2007 konnte ein wichtiger Teilerfolg erzielt werden. Dieses hochwertige Angebot (derzeit fünf Zugpaare täglich) muss stabilisiert und weiter verbessert werden. Dies gilt zum einen für die aktuell immer wieder auftretenden technischen Probleme auf der Fahrzeugseite. Es gilt aber insbesondere auch im Hinblick auf die Infrastruktur. Hier sind weitere Ausbaumaßnahmen zwischen Saarbrücken und Mannheim sowie zwischen Saarbrücken und Baudrecourt zur Erzielung weiterer Fahrzeitgewinne zwingend geboten. Der nördliche Ast der grenzüberschreitenden Hochgeschwindigkeitsbahnverbindung muss nachhaltig in seiner Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.

Vor diesem Hintergrund hat sich die saarländische Landesregierung in den letzten Jahren wiederholt gegenüber der für die Schieneninfrastruktur verantwortlichen Bundesregierung für eine zügige Umsetzung weiterer Ausbaumaßnahmen auf der Strecke eingesetzt und die Einhaltung der deutsch-französischen Vereinbarung von La Rochelle angemahnt, die eine Fahrzeit von 2 Stunden 52 Minuten zwischen Paris und Mannheim vorsieht.

Die Großregion SaarLorLux ist ebenso auch auf leistungsfähige Wasserwege angewiesen. Der Wasserweg ins Saarland hat allerdings schon heute bereits wegen der Engpässe an der Mosel die Grenzen der Leistungsfähigkeit erreicht. Mit dem absehbaren Auslaufen des Steinkohleförderungs im Saarland erhält die Wasserstrasse zusätzliche Bedeutung für die Belieferung der saarländischen Kraftwerke mit Importkohle. Das Problem der bereits existierenden und der zu erwartenden Verschärfung der Engpässe an der Mosel durch das Fehlen von zweiten Schleusenkammern betrifft nicht nur das Saarland und Rheinland-Pfalz.

Auch die lothringischen Kraftwerke und Kokereien sowie die Elektrostahlproduktion in Luxemburg sind auf den Bau zweiter Schleusenammern angewiesen.

Aufgrund einer saarländischen Initiative haben sich bereits im Jahr 2002 Rheinland-Pfalz, das Saarland, Lothringen und Luxemburg gemeinsam an den Bundesverkehrsminister gewandt und die Aufnahme aller zweiten Moselschleusenammern zwischen Koblenz und Trier in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans gefordert. Dieser Forderung wurde entsprochen. 2008 wurden die Partner erneut gegenüber der Bundesregierung initiativ und mahnten eine Beschleunigung der Baumaßnahmen an der Mosel an. Die saarländische Landesregierung hat sich darüber hinaus auch für eine Beschleunigung des Baus zweiter Moselschleusenammern im Rahmen des Ende 2008 beschlossenen Maßnahmenpakets des Bundes zur Förderung der Konjunktur eingesetzt.

### **3. Die gemeinsame Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit in der Großregion**

Die Landesregierung sieht sich durch die vorliegende Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR) in ihren vielfältigen Bemühungen um die nachhaltige Erinnerungsarbeit in der Großregion bestätigt. Angesichts des zunehmenden zeitlichen Abstands zum historischen Geschehen und des Verlustes von Zeitzeugen kommt den gemeinsamen Gedenkstätten eine stetig wachsende Bedeutung zu - als Orte der Erinnerung, der Information, der Mahnung, der Forschung sowie als Lernorte der historischen und politischen Bildung.

Hier einige ausgewählte Beispiele für die Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit der Landesregierung:

- Neugestaltung der Gedenkstätte Neue Bremm
- Internetportale: [www.gestapo-lager-neue-bremm.de](http://www.gestapo-lager-neue-bremm.de); [neue-bremm-online.de](http://neue-bremm-online.de); [erinnert-euch.de](http://erinnert-euch.de)
- gezielte Angebote für Schulen wie z.B. Führungen mit Schulklassen
- Lehrerfortbildungsangebote
- Vortragsveranstaltungen, Tagungen
- Veröffentlichungen der Landeszentrale für politische Bildung (Literatur, CD's, DVD's)
- Aktivitäten im Rahmen der Aktion „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“
- jährliche Workcamps in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendring
- Wanderausstellung „Der Gewalt keine Chance“
- Erarbeitung einer Häftlingsdatenbank

Angesichts des besonderen Stellenwertes der grenzüberschreitenden Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit wird die Landesregierung die Umsetzung der vom IPR über die bisherigen Initiativen hinaus vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Kräften unterstützen.

#### **4. Standortsuche für ein weiteres Endlager für radioaktive Stoffe und Abfälle in Lothringen“**

Die Regierung des Saarlandes begrüßt die Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR) und teilt die geäußerten Bedenken im Hinblick auf die etwaige Belastungen für die Bevölkerung in den benachbarten Gebieten innerhalb der Großregion SaarLorLux. Sie unterstützt das Ersuchen des IPR, dass

- bei der Standortsuche die Interessen der Bevölkerung in der Großregion berücksichtigt werden, wobei die derzeitige Konzentration an kerntechnischen Anlagen in den ostfranzösischen Gebieten besonders beachtet werden muss und
- die Standortfindung künftiger Endlager für radioaktive Stoffe und Abfälle aus sicherheitsrelevanter Erwägungen primär nach geologischer und technischer Eignung zu erfolgen hat.

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich zusätzlich zu dem Kernkraftwerk Cattenom in der ostfranzösischen Grenzregion bereits zwei Endlager für schwachradioaktive kurzlebige Abfälle befinden und ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Erkundung ist, hat die Regierung des Saarlandes ihre Bedenken gegen weitere Belastungen für die Bevölkerung durch Anlagen für radioaktive Stoffe und Abfälle geäußert. Auf der Beschlussgrundlage des saarländischen Landtags vom 20.08.2008, setzt sich die Regierung des Saarlandes mit den ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ein.

Auf Fachebene hat die Regierung des Saarlandes das Thema im zuständigen Ausschuss der Deutsch-Französischen-Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen eingebracht.

Auf Ebene der interregionalen Zusammenarbeit der Regionalkommission SaarLorLux-Trier/Westpfalz-Wallonien wurde das Thema ebenfalls einer grenzüberschreitenden Behandlung in der Arbeitsgruppe "Umwelt" zugeführt.

Des Weiteren haben bilateral persönliche Gespräche von Umweltminister Mörsdorf mit dem Präfekten der Region Lothringen und mit dem französischen Generalkonsul im Saarland stattgefunden, um die Bedenken der Regierung des Saarlandes zu erläutern.

Auf Antrag von Europaminister Rauber wurde das Thema am Zwischentreffen des Gipfels der Großregion SaarLorLux am 19.11.2008 behandelt. Der Aufforderung an die französischen Partner zum Eintritt in einen offenen Dialog mit Einbeziehung der Nachbarregionen hatten sich weitere Gipfelmitglieder, wie z.B. Rheinland-Pfalz, angeschlossen.

Im Ergebnis hat der Vertreter des französischen Staates in der Region zugesagt, über den weiteren Fortgang des Verfahrens zu informieren. Die Regierung des Saarlandes begrüßt das auf freiwilliger Grundlage erfolgende Angebot des französischen Staates, die Nachbarregionen in die Informationen einzubinden.